

---



---

## Provokantes Gedankenexperiment zur Entglobalisierung

Rezension von: Streeck, Wolfgang (2021).  
Zwischen Globalisierung und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus. Berlin, Suhrkamp.  
538 Seiten. Gebundenes Buch.  
28,80 EUR.  
ISBN 978-3-518-42968-6.

---



---

Acht Jahre nach „Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“ legt Wolfgang Streeck neuerlich ein Großwerk zur politischen Ökonomie der Gegenwart vor. Der Soziologe gibt darin eindeutige Antworten, wenn es um die Frage nach der entscheidenden Maßstabsebene für Alternativen zum gescheiterten Neoliberalismus geht.

Denn die Antwort darauf sei im Rückbau der vorherrschenden internationalen neoliberal geprägten Ordnung zu finden. Explizit redet Streeck einer „zeitgemäß verfassten Kleinstaaterei“ das Wort, der sich mehr Perspektiven zur Lösung der vielschichtigen Herausforderungen der Gegenwart böten. Dieser ideale Staat wäre der vom Autor propagierte so genannte „Keynes-Polanyi-Staat“. Dieser könnte wieder die demokratische Autonomie über den Markt herstellen und die Gesellschaften – auch unter bewusster Inkaufnahme von Weltmarktineffizienzen – vor Abhängigkeiten gegenüber dem freien Kapitalverkehr und anderen Ausprägungen eines entgrenzten Kapitalismus „schützen“ (439f).

Gewiss, das ist ordentlicher Tobak für eine internationalistische Linke, die im Nationalstaat doch eher den Ursprung

allen Übels anstelle der Rettung davor verortet. Und letztlich ist wohl weder das eine noch das andere zutreffend. Doch für feinsinniges Differenzieren nimmt sich Streeck womöglich auch ganz bewusst nicht die Zeit in seinem Buch. Es geht ihm offensichtlich darum, eine Schneise in einen kosmopolitisch geprägten, linksliberalen und letztlich doch neoliberal verformten Mindset zu schlagen sowie die Vorteile einer Rückeroberung des so oft beschworenen (weil in Wahrheit dramatisch verlorenen) Primats der Politik über die Ökonomie im Wege der Redimensionierung herauszustreichen.

Und Streecks Schneise ist argumentativ gründlich angelegt: Von einer Auseinandersetzung zu den gegenwärtigen Widersprüchen des Neoliberalismus (I), dem Zusammenhang von Staatengrößen und Demokratieöglichkeiten (II.) sowie dem seines Erachtens unausweichlichen Scheitern einer progressiven Großstaaterei (III.) leitet er zur EU als zum Scheitern verurteiltes Imperium über (IV.), um den Ausweg „nach unten“ durch erwähnte neue Form der Kleinstaaterei zu finden (V.).

Aber können wir uns diesem an Sprache mächtigen intellektuellen Parforce-Ritt in dieser Form anschließen? Zunächst führt uns Streeck einmal mehr (und es kann auch gar nicht oft genug gesagt werden) das dramatische Scheitern einer *neoliberalen bzw. marktradikalen Integrationsweise* – gleich ob auf europäischer oder globaler Ebene – vor Augen. Deren *Effizienz im Sinne eines allgemeinen Nutzens* lässt sich in Anbetracht der sozialen, ökologischen und politischen Verwerfungen, die die Globalisierungspolitik für viele mit sich gebracht hat, eindeutig anzweifeln. Und wenn es

schon an der Effizienz scheitert, so lässt sich umso weniger damit irgendein Preis rechtfertigen, der im Verlust der *demokratischen Autonomie* durch die technokratisch-regulatorische Verfestigung internationaler Arrangements zu zahlen ist.

Nicht nur vor diesem Hintergrund seien alle eingeladen, sich auf eine Art Gedankenexperiment einzulassen, auf das uns Streeck in seinem Werk bringt. Was wäre also tatsächlich, wenn die derzeitige globale Wirtschaftsordnung gleichsam rückabgewickelt würde (und mit ihr die europäische als deren Vorhof gleich mit)? Können wir etwa die Klimakrise als gigantische Herausforderung unserer Zeit denn eher bewältigen, wenn wir diese globale Frage regional anpacken? Streeck bejaht. Denn bei der Rettung des Klimas handle es sich um eine „Befolgung eines eigentlich keine Wahl lassenden moralischen Gebots“, sie müsse „um der Sache selbst und einer reformierten eigenen Identität willen“ passieren (483). Gewiss irritierend, aber Moment ... Denn für diese auf den ersten Blick sehr weltfremd anmutende These könnte im Ergebnis sprechen, dass viele wichtige Bausteine einer klimagerechten Wende an den ehernen Regeln der globalisierten Regelungsarchitektur zerschellen könnten. Wenn zum Beispiel das Wichtigste jeder regulativen Innovation zur Rettung des Klimas (die naturgemäß die globalen *Produktionsbedingungen* endlich thematisieren muss) der Umstand ist, dass diese nur ja nicht WTO-widrig sein darf (so die offizielle österreichische Position), kann Streecks moralischer Imperativ zumindest nicht als realitätsferner betrachtet werden als die vorherrschende Doktrin. Denn diese lässt auch kaum Interesse an der Bewertung der Frage erkennen, wie

sehr der aktuelle Rechtsrahmen der globalisierten Wirtschaft unser Klima erst recht mit anheizen könnte, indem er gerade für die Produktionsbedingungen *effektiv blind* ist.

### **Kein Europa ist auch keine Lösung**

Und wie können wir schließlich im Spannungsfeld von Globalismus und Demokratie die europäische Integration verorten? Dass Streeck es mit der EU nicht besonders gut meint, ist schon bekannt gewesen. Und an einigen Stellen zeichnet er sich durch ein solides Sensorium aus, wenn es etwa darum geht, am Beispiel des „Imbalance-Procedures“ dessen technokratisch neoliberalen und sozialfeindlichen Ausprägungen richtig zu analysieren. Aber insgesamt erscheint das Europa-Kapitel (331ff) als eher schwächerer Teil des Buchs. Hier können viele seiner Behauptungen so absolut nicht im Raum stehen gelassen werden.

Deutschland etwa vorzuwerfen, dass es der bahnbrechenden gemeinsamen Schuldenaufnahme nur zugestimmt hätte, weil sonst Italien unter der Führung Salvinis aus der Eurozone gegangen wäre (376), ist überraschend. Wenn Eigen- und Fremdnutzen korrelieren, wäre das doch eher ein tauglicher Hinweis auf die Funktionalität einer solidarischen Währungsunion. Und manch andere Ausführungen, die seine Abrechnung untermauern sollen, sind in der vorgetragenen Form ganz einfach unzutreffend. Gerade in den 90ern (bevor die Sozialdemokratie die EU auf den Dritten Weg führte) erwies sich der EU-Binnenmarkt nicht als entgrenzte Freihandelszone (vgl. 459), sondern vielmehr als lebendiger Raum

der supranationalen Rechtsetzung. Ebenso wenig stimmt die Behauptung, dass ausgerechnet das von Ausnahmen nur so sprießende Subventionsverbot sektoralen Wandel oder die Bekämpfung von lokalen Disparitäten verhindern (so aber Streeck auf 466).

Streecks Abneigung gegen den Marktradikalismus des europäischen und globalen Regulierungsarrangements kann zwar vollinhaltlich geteilt werden. Doch bei einer entsprechenden Differenzierung – die natürlich auf Kosten der Reinheit seiner Argumentationslinie ginge – würde auch deutlich werden, dass die Europäische Union sich eben nicht nur als ein bekämpfenswerter neoliberaler Moloch darstellt. Sie ist nämlich vielerorts – gerade im Vergleich zur globalen Governance – auch erstaunlich demokratisch (das Europäische Parlament ist doch kein nichts und niemand). Und sie ist nicht nur neoliberal verkrustet, sondern mitunter auch innovativ und progressiv (der European Green Deal enthält doch zumindest wichtige Ansätze, die der Nationalstaat gerade nicht zustande brachte, und für die gemeinsame

Schuldenaufnahme im Zuge von Next Generation EU gilt nichts anderes).

Zwischen dem linksliberalen Ausblenden der neoliberalen Schlagseite der EU (auch ein Vermächtnis des immer noch nachwirkenden Dritten Weges) und der Beschwörung einer Renationalisierung liegt immer noch ein weites Feld, auf dem progressive Kräfte ein soziales und ökologisches Europa erstreiten können, das den Herausforderungen der Zeit wohl besser begegnen kann als Streecks „Kleinstaat“. So sehr es Streeck an manchen Punkten definitiv übertreibt, so stellt seine von argumentativer Leidenschaft getragene Abrechnung mit dem globalistischen Mindset unserer Zeit doch zumindest eine gelungene und absolut lesenswerte Provokation dar.

Valentin Wedl

*Hinweis: Die Rezension erschien erstmals in der Zeitschrift Infobrief EU & International 4/2021.*